

Sitzung mit neuen Vorstandsmitgliedern

An der schriftlichen Abstimmung des Bauernverbandes Appenzell Ausserrhoden (BVAR) sind drei neue Vorstandsmitglieder gewählt worden. Alfred Stricker, Landammann aus Appenzell Ausserrhoden, war Gastgeber und lud den Vorstand des BVAR zur Sitzung in den Kantonsratssaal ein.



Der Vorstand des Bauernverbandes Appenzell Ausserrhoden (BVAR) kam zu einer ersten Sitzung in der neuen Zusammensetzung zusammen. Die Neugewählten übernehmen die Kommissionen und Delegationen der Zurückgetretenen. Christian Brunner übernimmt das Ressort Alpwirtschaft und die entsprechenden Delegationen, Jeannine Riegg ist die neue Kassierin und präsidiert die Hilfsfondskommission. Ruth Tanner vertritt die Landfrauenvereinigung Ausserrhoden, nimmt anstelle von Matthias Tobler Einsitz in der Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und ist Delegierte beim Schweizer Bauernverband.

Totalrevision der Verfassung

Die Vernehmlassung zur Totalrevision der Kantonsverfassung stand ebenfalls auf der Traktandenliste. Nach 20 Jahren wird die Ausserrhoder Kantonsverfassung gesamthaft überarbeitet. Die verschiedenen Themen, welche die Verfassungskommission behandelte, reichen unter anderem von den Gemeindestrukturen, dem kantonalen Fi-

nanzausgleich, dem fakultativen Finanzreferendum bis hin zum Wahlsystem für den Kantonsrat. Die Mitglieder der Verfassungskommission vertreten Institutionen

schutzmittel einsetzen. Damit sind auch die Biobetriebe betroffen.

Bei der zweiten, der Pestizidfrei-Initiative, sollen alle synthetischen Pestizide in der Schweizer Land-



Die neuen Vorstandsmitglieder Jeannine Riegg, Christian Brunner und Ruth Tanner (von links).
Bild: pf

des Kantons und der Gemeinden, die Parteien sowie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Alfred Stricker erläuterte den Sitzungsteilnehmern besonders die landwirtschaftlichen Themen. Der Vernehmlassungsentwurf, die Synopse, diente als Diskussionsgrundlage. Der Vorstand wird sich zu einzelnen Artikeln äussern und dazu eine eigene Stellungnahme einreichen.

Bekämpfung der Initiativen

Die Trinkwasser-Initiative hat nichts mit dem Trinkwasser zu tun, sondern zielt ausschliesslich auf die Direktzahlungen. Sie will diese allen Betrieben streichen, die Futter für ihre Tiere (Hühner, Schweine, Kühe) zukaufen und Pflanzen-

und Ernährungswirtschaft gesamthaft verboten werden. Dies betrifft aber auch die importierten Lebensmittel.

Mit Flyern, Zeitungsbeilagen und Inseraten sowie an Standaktionen wird die Bevölkerung auf diese schädlichen Abstimmungsvorlagen aufmerksam gemacht. In einem persönlichen Gespräch kann ebenfalls viel bewirkt und Überzeugungsarbeit geleistet werden. Deshalb sollte man am 13. Juni unbedingt an der Abstimmung teilnehmen. Bäuerinnen und Bauern sollten auch ihre stimmberechtigten Angehörigen dazu motivieren. Denn eine Annahme krepelt die ganze Land- und Ernährungswirtschaft um.

Priska Frischknecht